

R Plus Impfpflicht gilt nicht für häusliche Pflege



Das Gesundheitsministerium »vermutet«, dass es in der häuslichen Pflege zu weniger Kontakten komme als in stationären Einrichtungen.

Foto: dpa



Florian Kaufmann

01. März 2022 - 18:10 Uhr | Lesezeit: 3 Minuten

Bei einer Vermittlungsagentur für osteuropäische Pflegekräfte sind rund 30 Prozent der Beschäftigten nicht geimpft. Dabei würden viele Kunden auf eine Impfung bestehen. Die geplante Impfpflicht löst das Problem nicht.

„Ich finde gar keine Kunden, die eine ungeimpfte Pflegekraft wollen. Die Angehörigen wollen gar nicht erst mit uns reden“, sagt Renata Föry, die seit 17 Jahren osteuropäische Pflegekräfte für die häusliche Pflege vermittelt. Ihre Kunden würden darauf bestehen, dass die Pflegekräfte geimpft seien. Egal, ob zu pflegenden Personen 60 oder 100 Jahre alt seien, sagt die Geschäftsführerin von Seniocare24 in Kandel.

Doch die meisten Pflegekräfte, die in der häuslichen Pflege tätig sind, fallen nicht unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht, die ab 16. März gilt. Sie gelten als Betreuungskräfte und fallen mit ihren privatrechtlichen Verträgen nicht unter die gesetzlichen Vorgaben. „Die Impfpflicht bezieht sich auf die Tätigkeit in bestimmten Einrichtungen und Unternehmen, Privathaushalte, die individuelle Betreuungskräfte beschäftigen, gehören nicht dazu“, heißt es dazu auf Anfrage beim Bundesgesundheitsministerium. Es stehe den Auftraggebern jedoch frei, nach einer Impfung zu fragen und die Beschäftigung einer Betreuungskraft vom jeweiligen Impfstatus abhängig zu machen.

Viele bekommen ohne Impfung keinen Job

70 Prozent der osteuropäischen Pflegekräfte in ihrer Kartei seien gegen Corona geimpft, sagt Förty. „Die restlichen 30 Prozent sind auch bei drohender Arbeitslosigkeit und ausbleibenden Aufträgen derzeit nicht bereit, sich impfen zu lassen.“ Die Zahl der Geimpften habe sich in den letzten Monaten erhöht. „Vor einem Jahr standen wir noch bei 50:50.“ Einige der Frauen hätten erkannt, dass sie ohne eine Impfung keinen Job bekommen würden. „Wenn jetzt in einer Bewerbung steht, die Person sei wenigstens einmal geimpft, ist das ein Segen“, sagt Förty. Viele der Bewerberinnen hätten sich erst in den vergangenen Wochen in ihrem Heimatland zum ersten Mal impfen lassen und hoffen mit einer zweiten Impfung in Deutschland auf eine Anstellung hierzulande.

„Wir dachten, mit der Impfpflicht löst sich das Problem“, so Förty. Sie hatte gehofft, dass dadurch eine höhere Impfquote erreicht werde. „Doch mittlerweile befürchte ich, das wird so bleiben.“ Abhilfe könnten aus ihrer Sicht nur gesetzliche Vorgaben schaffen. „Ohne Impfpflicht bekommen wir die Quote nicht höher. So lange die Impfpflicht gesetzlich nicht festgelegt ist, haben wir keine Handhabe. Wir können die Arbeitskräfte nicht zur Impfung zwingen.“ Die vergleichsweise niedrige Impfquote schaffe Probleme bei der Versorgung der Patienten, die auch in Problemen bei der Verständigung münden würden. „Unter den 30 Prozent Ungeimpften sind viele mit guten Deutschkenntnissen.“

Schwarzarbeit auf dem Vormarsch

Es gäbe auch hartnäckige Skeptikerinnen, die auch ohne Impfung nicht auf den Job verzichten wollen. „Auf dem Schwarzmarkt fragt keiner“, sagt Förty. Einige Pflegekräfte hätten ihr gesagt, die illegale Beschäftigung einer Impfung vorziehen zu wollen. Sie würden sich in Deutschland entsprechend umsehen wollen. Einige seien bereits fündig geworden. „Den Schwarzmarkt gab es schon immer, aber mittlerweile ist die Zahl der Beschäftigten dort auf etwa 600.000 Pflegerinnen bundesweit angestiegen“, sagt Förty. Viele Menschen hätten schlicht nicht die Möglichkeit, eine sozialversicherte Pflegekraft für ihre Angehörigen anzustellen. „Das Problem ist die Armut.“

Bund: Weniger Kontakte zuhause

„Die häusliche Pflege wird seit Jahren finanziell benachteiligt“, ist die feste Überzeugung von Renata Flory. Dies habe sie dem früheren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn schon persönlich gesagt. Im Vergleich zur stationären Pflege seien die staatlichen Zuschüsse um zwei Drittel geringer. Dabei würden viele Menschen die persönliche Nähe und die Versorgung in der gewohnten Umgebung sehr schätzen. „Die Nachfrage bei uns ist höher als wir leisten können.“

Zumindest bei der Impfpflicht plant das Bundesgesundheitsministerium nicht die Bedingungen in der häuslichen und stationären Pflege anzugleichen. Es sei keine Anpassung der Regelung geplant, heißt es. Das Ministerium macht dafür auch epidemiologische Gründe geltend. „Es ist zu vermuten, dass aufgrund der Beschäftigungssituation bei Betreuung in häuslicher Gemeinschaft weniger Kontakte vorliegen als bei Beschäftigten in stationären Pflegeeinrichtungen.“